



SPD Stadtratsfraktion – Auf dem Meere 14-15 – 21335 Lüneburg

Frau Oberbürgermeisterin
Claudia Kalisch
Hansestadt Lüneburg
Am Ochsenmarkt 1
21335 Lüneburg

Ihr Ansprechpartner:
Thomas Dißelmeyer

Ihr Zeichen

Ihr Schreiben vom

Unser Zeichen

14.08.2025

Antrag für den Rat am 28.8.2025
Neubau und Betrieb eines Pflegeheimes im Hanseviertel

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin Kalisch,

die SPD-Stadtratsfraktion stellt zur nächsten Ratssitzung am 28.8.2025 folgenden Antrag:

Die Verwaltung wird beauftragt, gemeinsam mit der Geschäftsführung der Gesundheitsholding Lüneburg die Errichtung und den Betrieb eines vollstationären Pflegeheimes mit rund 140 Plätzen im Hanseviertel (Parkplatzfläche des Landes Niedersachsen / ehem. Exerzierplatz, Gelände der alten Sporthallen) vorzubereiten und dem Rat zur Beschlussfassung vorzulegen.

Dabei soll:

1. der Betrieb durch die Gesundheitsholding Lüneburg oder einen anerkannten Wohlfahrtsverband erfolgen,
2. auf die Vermeidung renditegetriebener Betreiberkonzepte geachtet werden, um dauerhafte Versorgungssicherheit sicherzustellen,
3. der Sozialausschuss rechtzeitig in die Standortentwicklung und Planung einbezogen werden.

Begründung:

Die demografische Entwicklung zeigt einen stetig wachsenden Bedarf an stationären Pflegeplätzen. Der Pflegebericht des Kreises unterstreicht den Bedarf eindringlich.

In den vergangenen Jahren wurden im Landkreis und der Stadt Lüneburg mehrere Pflegeeinrichtungen geschlossen, was die Versorgungslage zusätzlich verschärft hat.

Für Lüneburg besteht der Bedarf, ein weiteres Pflegeheim stadtteilnah und verkehrlich gut angebunden zu errichten.

Die Parkflächen des Landes Niedersachsen im Hanseviertel bieten ein geeignetes Grundstück mit ausreichender Größe und Potenzial.

Die kommunal getragene Gesundheitsholding hat als Betreiberin bereits gezeigt, dass sie wirtschaftlich solide, qualitativ hochwertig und gemeinwohlorientiert arbeiten kann.

Auf dem Meere 14-15
21335 Lüneburg

Tel.: 0 41 31/23 28 59
Fax: 0 41 31/33 104

Sparkasse Lüneburg
IBAN: DE49 2405 0110 0057 0502 54
BIC: NOLADE21LBG

Vorsitzender:
Thomas Dißelmeyer

Email: info@spd-ratsfraktion-lueneburg.de
Internet: www.spd-ratsfraktion-lueneburg.de

Eine langfristige, ortsnahe Versorgung darf nicht von überregionalen Investorengesellschaften abhängig sein, bei denen ein Rückzug aus wirtschaftlichen Gründen jederzeit möglich wäre.

Mit freundlichen Grüßen

gez. Thomas Dißelmeyer


Antje Henze



SPD Stadtratsfraktion – Auf dem Meere 14-15 – 21335 Lüneburg

Frau Oberbürgermeisterin
Claudia Kalisch
Hansestadt Lüneburg
Am Ochsenmarkt 1

Ihre Ansprechpartner:
Thomas Dißelmeyer

21335 Lüneburg

Ihr Zeichen

Ihr Schreiben vom

Unser Zeichen

14.08.2025

**Antrag für den Rat am 28.8.2025:
Aufbau einer stationären Kurzzeitpflegeeinrichtung auf dem Gelände der PKL**

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin Kalisch,

die SPD-Stadtratsfraktion stellt zur nächsten Ratssitzung folgenden Antrag:

Die Verwaltung wird beauftragt, gemeinsam mit der Geschäftsführung der Gesundheitsholding Lüneburg im Rahmen der kommunalen Daseinsvorsorge die Errichtung und den Betrieb einer stationären Kurzzeitpflegeeinrichtung mit mindestens 20 Plätzen auf dem Gelände der Psychiatrischen Klinik Lüneburg (PKL) zu prüfen, zu planen und dem Rat zur Beschlussfassung vorzulegen. Dabei soll:

1. das Grundstück der PKL als Eigenkapitalbaustein zur Finanzierung herangezogen werden,
2. der Betrieb durch die Gesundheitsholding Lüneburg oder einen anerkannten Wohlfahrtsverband sichergestellt werden – vorzugsweise in Anlehnung an das erfolgreiche Modell der „Alten Stadtgärtnerei“,
3. der Sozialausschuss frühzeitig in die Planungsprozesse einbezogen werden.

Begründung:

Im gesamten Landkreis Lüneburg existieren derzeit keine verfügbaren Plätze für stationäre Kurzzeitpflege. Das Übergangsmanagement des Klinikums Lüneburg weist auf massive Engpässe bei der Versorgung pflegebedürftiger Menschen nach Klinikaufhalten hin. Kurzzeitpflege erfordert besonders geschultes Personal und lässt sich nicht nebenbei in bestehenden Einrichtungen leisten. Eine eigenständige Einrichtung ist notwendig, um dem Bedarf angemessen und qualitativ hochwertig zu begegnen. Das Gelände der PKL ist bereits im öffentlichen Eigentum und kann zur Finanzierung beitragen. Die Gesundheitsholding hat im Bereich Pflege mit der „Alten Stadtgärtnerei“ ein tragfähiges, öffentlich verantwortetes Modell vorgelegt, das wirtschaftlich stabil betrieben wird.

Mit freundlichen Grüßen

gez. Thomas Dißelmeyer

Antje Henze

Auf dem Meere 14-15 Tel.: 0 41 31/23 28 59
21335 Lüneburg Fax: 0 41 31/33 104

Sparkasse Lüneburg
IBAN: DE49 2405 0110 0057 0502 54
BIC: NOLADE21LBG

Vorsitzender:
Thomas Dißelmeyer

Email: info@spd-ratsfraktion-lueneburg.de
Internet: www.spd-ratsfraktion-lueneburg.de



Stadtratsfraktion Lüneburg

CDU-Stadtratsfraktion Lüneburg – Stadtkoppel 16 – 21337 Lüneburg

Oberbürgermeisterin der Hansestadt Lüneburg
- Rathaus -
Am Ochsenmarkt
21335 Lüneburg

Lüneburg, den 09.09.2025

Artenvielfalt stärken: Antrag zur tierschutzgerechten Ansiedlung von Wanderfalken und anderen Greifvögeln in der Hansestadt Lüneburg

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin,

die CDU-Fraktion stellt zur nächsten Sitzung des Rates der Hansestadt Lüneburg am 1. Oktober 2025 den folgenden Antrag mit der Bitte um Beschlussfassung:

„Der Rat der Hansestadt Lüneburg beauftragt deren Verwaltung mit der Ausarbeitung eines Konzeptes zur tierschutzgerechten Ansiedlung von Wanderfalken und anderen Greifvögeln auf dem städtischen Gebiet. Hierbei ist Maßnahmen Vorrang zu gewähren, die durch Rückgriff auf Immobilien und Grundstücke in städtischem Besitz sowie durch städtisches Personal umgesetzt werden können. Kooperationen mit zivilgesellschaftlichen Akteuren können geprüft werden.“

Begründung:

Eine gesunde Stadtnatur beruht unter anderem auf Artenvielfalt. In der Hansestadt Lüneburg ist es durch die starke Vermehrung der Stadttauben in den letzten Jahren aber zu einer Beeinträchtigung gekommen, die sich maßgeblich auf unsachgemäße Fütterungen durch Menschen zurückführen lässt, wie es die Antwort der Stadtverwaltung auf eine Anfrage der CDU-Fraktion darlegt (VO/10782/23). Damit die Stadttaubenpopulation eine gesunde Größenordnung erlangt, sind in grundsätzlicher Anerkennung des bisherigen städtischen Bemühens mindestens ergänzende Maßnahmen erforderlich. Hierzu vermag eine tierschutzgerechte Ansiedlung von Wanderfalken und anderen Greifvögeln – zum Beispiel mittels geeigneter Nistkästen an hochgelegenen Standorten – einen Beitrag zu leisten. Der vorrangige Rückgriff auf städtische Ressourcen soll auf die haushaltsneutrale Wirkung des Ratsbeschlusses einzahlen.

Mit freundlichen Grüßen

Sören Pinnekamp

Anna Bauseneick



SPD Stadtratsfraktion – Auf dem Meere 14-15 – 21335 Lüneburg

Frau Oberbürgermeisterin
Claudia Kalisch
Hansestadt Lüneburg
Am Ochsenmarkt 1

Ihre Ansprechpartner:
Thomas Dißelmeyer

21335 Lüneburg

Ihr Zeichen

Ihr Schreiben vom

Unser Zeichen

12.09.2025

Den Rat stärken - Veränderung der Reihenfolge der Tagesordnungspunkte bei Ratssitzungen

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin Kalisch,

die SPD-Fraktion stellt zur nächsten Ratssitzung folgenden Antrag:

Die Reihenfolge der Tagesordnungspunkte der Ratssitzung wird wie folgt geändert:

- a) Einwohnendenfragen
- b) Anträge
- c) Mitteilungen der Verwaltung

Begründung:

Aktuell ist die Reihenfolge wie folgt sortiert: Mitteilungen der Verwaltung, Einwohnendenfragen, Anträge. Meist ist die erste Stunde der Ratssitzung nach dem TOP Mitteilungen der Verwaltung schon vergangen. Einwohnende die mit einer Frage zur Ratssitzung kommen müssen gut eine Stunde auf das Aufrufen ihrer Frage warten. Besonders Bürgerfreundlich ist das nicht!

Der Rat konnte in letzter Zeit seine Tagesordnung in der Regel nicht abarbeiten. Zwischen Einreichung und Behandlung von Anträgen und Anfragen vergeht meist eine zu lange Zeit. Der Rat beraubt sich damit einer zeitnahen Behandlung wichtiger Angelegenheiten. Dies könnte eine frühere Behandlung in der Tagesordnung verändern.

Der Zeitrahmen den der TOP Mitteilungen der Verwaltung einnimmt ufert immer mehr aus. Meist ist die erste Stunde der Ratssitzung schon vergangen bevor der Rat in sein Tagesgeschäft einsteigen kann. Viele dieser Mitteilungen könnten dem Rat in schriftlicher Form mitgeteilt werden beziehungsweise als Berichtsvorlage den Rat erreichen.

Mit freundlichem Gruß

gez. Dißelmeyer

Auf dem Meere 14-15 Tel.: 0 41 31/23 28 59
21335 Lüneburg Fax: 0 41 31/33 104

Sparkasse Lüneburg
IBAN: DE49 2405 0110 0057 0502 54
BIC: NOLADE21LBG

Vorsitzender:
Thomas Dißelmeyer

Email: info@spd-ratsfraktion-lueneburg.de
Internet: www.spd-ratsfraktion-lueneburg.de

Frau Oberbürgermeisterin
Claudia Kalisch
Lüneburg
Rathaus

Heranziehungsbeschluss zu VO/9298/20-5: Fahrrading Lüneburg: Planung des Abschnitts Altenbrückertorstraße/Ilmenaustrasse

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin,

zur nächsten Sitzung des Rates der Hansestadt Lüneburg stellt die FDP-Fraktion den folgenden Antrag:

Lüneburg , den 16.09.2025

Frank Soldan
Vorsitzender der
FDP-Fraktion im Rat
der Hansestadt Lüneburg

fdp-lueneburg.de
FDP Lüneburg
Marie-Curie-Strasse 12
21337 Lüneburg

T: 0172 4304242
frank.soldan@fdp-lueneburg.de

Die Entscheidung über die Vorlage VO/9298/20-5 "Fahrrading Lüneburg: Planung des Abschnitts Altenbrückertorstraße/Ilmenaustraße behält sich der Rat der Hansestadt Lüneburg gemäß § 58 (3), Satz 1, NKomVG vor.

Begründung:

An diesen Straßen liegen mehrere Praxen, eine Krankenkasse und andere Einrichtungen mit Publikumsverkehr. Je nachdem, welche Variante umgesetzt wird, fallen zwischen 16 und 50 % der dort jetzt vorhandenen Stellplätze weg. Eine Entscheidung, welche Variante umgesetzt werden soll, muss öffentlich im Rat der Hansestadt und nicht im nichtöffentlich tagenden Verwaltungsausschuss der Hansestadt Lüneburg diskutiert und abgestimmt werden.

Für die Fraktion



Frank Soldan



Stadtratsfraktion Lüneburg

CDU-Stadtratsfraktion Lüneburg – Stadtkoppel 16 – 21337 Lüneburg

Oberbürgermeisterin der Stadt Lüneburg
- Rathaus -
Am Ochsenmarkt
21335 Lüneburg

Lüneburg, den 22.09.2025

Änderungsantrag zu VO/11934/25 Antrag "Verlässliche kommunale Unterstützung für einen Mittagstisch in Lüneburg / Öffentliche Debatte zur Armut"

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin,

die CDU-Fraktion im Rat der Hansestadt Lüneburg stellt folgenden Änderungsantrag zur nächsten Ratssitzung:

Der Rat der Hansestadt Lüneburg möge beschließen:

1. Der Rat stellt fest, dass die bestehenden Mittagstische (z. B. St. Marien und St. Stephanus) einen wichtigen Beitrag zur Unterstützung von Menschen in prekären Lebenslagen leisten.
2. Eine direkte Finanzierung aus dem städtischen Haushalt ist aufgrund der angespannten Haushaltslage nicht möglich.
3. Der Rat bittet die Verwaltung, die drei historischen Stiftungen (Heiligengeiststiftung, Nicolai-Stiftung und Stiftung Graal) auf das Thema aufmerksam zu machen und anzuregen, in ihren Gremien eine Unterstützung der Mittagstische zu beraten.

Begründung:

Die Unterstützung von Bedürftigen ist eine wichtige gesellschaftliche Aufgabe. Angesichts der defizitären Haushaltslage der Hansestadt kann jedoch keine dauerhafte Finanzierung aus dem städtischen Haushalt erfolgen. Zugleich ist es geboten, die Rolle der Zivilgesellschaft und insbesondere der historischen Stiftungen hervorzuheben, deren Satzungen die Armen- und Altenfürsorge ausdrücklich als Aufgabe benennen. Mit dem Hinweis an die Stiftungen wird die Thematik in die dafür vorgesehenen Gremien getragen, ohne neue Haushaltslasten für die Stadt zu schaffen.

Mit freundlichem Gruß

Burghard Heerbeck

für die CDU-Stadtratsfraktion im Rat der Hansestadt Lüneburg

Frau Oberbürgermeisterin
Claudia Kalisch
Lüneburg
Rathaus

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin,

zum Antrag "Prüfung einer möglichen Zusammenführung von Aufgaben von Stadt und Landkreis Lüneburg" (VO/11853/25) stellt die FDP-Fraktion den folgenden Änderungsantrag:

Lüneburg, den 24.09.2025
Zeichen: FS

Frank Soldan
Vorsitzender der
FDP-Fraktion im Rat
der Hansestadt Lüneburg

fdp-lueneburg.de
FDP Lüneburg
Marie-Curie-Strasse 12
21337 Lüneburg

T: 0172 4304242
frank.soldan@fdp-lueneburg.de

Die Entscheidung über die Durchführung der Prüfung wird zurückgestellt.

Begründung:

Der Lüneburg-Vertrag läuft noch bis Ende 2029 und ermöglicht eine Überprüfung der Pauschalen ab 2025.

Diese Überprüfung soll erst abgeschlossen und umgesetzt sein, bevor eine völlige Neuverhandlung der Aufgaben erfolgt.

Die weitere Begründung erfolgt mündlich.

Für die Fraktion



Frank Soldan